

Erasmus und Easyjet



VON ALAN CASSIDY

Die Nachricht: Der Bund stellt nach dem Ausschluss der Schweiz von EU-Programmen eine Übergangslösung mit eigenen Geldern zur Verfügung.

Der Kommentar: Um den Ausschluss der Schweiz von den EU-Programmen Erasmus und Horizon abzufedern, will der Bundesrat Studenten und Forscher direkt mit Bundesgeldern unterstützen. Und manche, die sich über die Klagen des Akademievertriebs nervten, sehen sich bestätigt. Es geht auch ohne EU-Programme, sagen sie. Wir brauchen nur das Portemonnaie zu öffnen. Problemlösung nach helvetischer Art. Geld statt Geist. War also alles nur halb so schlimm?

Natürlich würden ohne Erasmus-Teilnahme keine Schweizer Studenten im Bildungsgefängnis verblöden. Auslandsemester gab es – wenn auch über bürokratische Umwege – schon vorher, kontinental-europäische Universitäten zählen ohnehin nicht zur Weltspitze, und mancher Erasmus-Student verbringt mindestens gleich viele Stunden in Bars wie in Vorlesungssälen. Und doch sollte niemand erstaunt sein über die heftigen Reaktionen, nachdem bekannt wurde, dass die Schweiz bis auf weiteres vom Programm ausgeschlossen wird.

Wie kaum etwas anderes ist Erasmus zur Chiffre für eine Generation geworden, für die Europas Grenzen keine Rolle mehr spielen. Man kann es nicht genug betonen: Für viele junge Schweizer ist es längst eine Selbstverständlichkeit, ein Semester in Brüssel oder Barcelona zu studieren und – Billigflügen sei Dank – ein Wochenende in Berlin zu verbringen. Es ist die Freiheit im «Easyjet Europe», von dem der britische Historiker Timothy Garton Ash schon lange spricht. Das ist eine Freiheit, die sich die Schweizer Jugend nicht mehr nehmen lassen will. Geld ist nicht alles. Es geht nach dem 9. Februar für viele auch um den europäischen Geist.

alan.cassidy@schweizamsonntag.ch
Twitter @A_Cassidy

Als existiere die Sowjetunion noch



VON RENZO RUF

Die Nachricht: Die Krim-Invasion löst bei amerikanischen Falken eine heftige Reaktion aus.

Der Kommentar: 22 Jahre ist es her, seit sich die Sowjetunion mit einem lauten Knall von der Weltkarte verabschiedet hat. Und doch erweckt Washington derzeit den Eindruck, als sei der Kalte Krieg nie zu Ende gegangen. Wechselweise überbieten sich die Falken mit Kritik an Wladimir Putin – angeblich ein sowjetischer Revisionist – und an Barack Obama, der den einstigen KGB-Agenten gewähren lasse. Ein «Gangster» sei Putin, sagte John Boehner, Präsident des Repräsentantenhauses. Und als aussenpolitischen «Schwächling» verhöhnte Senator Lindsey Graham seinen Präsidenten.

Innenpolitisch mag diese Kraftmeierei auf Gehör stossen: Russland und Putin sind den Amerikanern fremd geblieben. Für die Lösung der Krise in der Ukraine sind gegenseitige Beleidigungen aber wenig hilfreich. Im Gegenteil: Für Putin kommen solche Attacken einer Kampfansage an seine Männlichkeit gleich. Dies könnte Washington wohl noch verschmerzen. Schwerwiegender ist, dass die kalten Krieger auch die Machtposition ihres eigenen Landes unterminieren. Selbst rhetorische Brandstifter wie Lindsey Graham sind sich bewusst, dass Amerika gegen Russland keinen heissen Krieg anzetteln wird. Denn faktisch kommt die Annexion der Krim einem Nullsummenspiel gleich. Dank der Schwarzmeerflotte befindet sich die Halbinsel schon lange im Einflussbereich Moskaus.

Solche Fakten halten Graham und Konsorten nicht davon ab, heftige Kritik an Obama zu üben. Damit manövrieren sie das Weisse Haus in eine Sackgasse. Wenn die Weltmacht USA schwach wirkt, dann verspüren die Feinde des Westens Aufwind. Das war schon im Kalten Krieg so. Wenigstens in diesem Bereich sind Vergleiche zwischen der Krim-Krise und dem historischen Ringen der Supermächte zulässig.

redaktion@schweizamsonntag.ch



Silvan Wegmann zur Woche.

■ GASTBEITRAG VON CORINA EICHENBERGER*

Die Rüstungsindustrie stärkt die Unabhängigkeit

Die Nachricht: Schweizer Kriegsmaterial darf künftig auch in Länder exportiert werden, in welchen Menschenrechte verletzt werden. Der Nationalrat hat als Zweitrat einer Motion zugestimmt.

Der Kommentar: Die Szene nach dem Abschluss der Debatte über die Motion des Ständerats zur Änderung der Kriegsmaterialverordnung war symptomatisch: Parlamentarierinnen und Parlamentarier, darunter auch ich, wurden am Donnerstag beim Gang über den Bundesplatz von einer Gruppe von Armeegegnern ausgebuht. Den Spiessrutenlauf hatten wir uns eingehandelt, weil wir der schweizerischen Rüstungsindustrie ähnliche Rahmenbedingungen verschaffen wollen wie Österreich und Schweden – und eigentlich nichts anderes gemacht haben, als zurückzukehren zum System, das wir bereits 2008 hatten.

Die Gegner versuchten, die Motion für gleich lange Spiesse bei der Rüstungsindustrie zu einem Grundsatzzotum für oder gegen die humanitäre Tradition der Schweiz heraufzustilisieren. Darum geht es aber gar nicht, auch wenn die Medien nicht müde wurden, dies zu betonen. Die Schweiz hat nach wie vor eines der strengsten Waffenexportgesetze. Und das wird so bleiben. Auch künftig werden in Konfliktfällen keine Exportbewilligungen erteilt. Auch künftig muss jeder Export von Rüstungsgütern durch Seco und Aussenministerium, wenn nicht sogar durch den Bundesrat bewilligt werden.

Die heutige Verordnung war 2008 unter dem Eindruck von Konflikten in Pakistan und Saudi-Arabien verschärft worden – das was aus damaliger Sicht nachvollziehbar. So wurden Waffenexporte in diese Länder generell unterbunden. Mit seinem Entschluss ermöglicht nun das Parlament eine differenziertere Bewilligungspraxis, wie sie 2008 üblich war. Beispielsweise könnten Selbstverteidigungswaffen wie Flug- oder Panzerabwehrgeschütze exportiert werden, während Angriffswaffen wie Handgranaten und Pistolen beziehungsweise Feuerwaffen verboten blieben. Ausfuhren in Konfliktländer werden nach wie vor nicht bewilligt. Dasselbe gilt, wenn ein hohes Risiko für schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen besteht.

Die neue Regelung macht Sinn: Wir dürfen doch die Augen nicht davor verschliessen, dass Waffen auch legitim genutzt werden, um Menschen zu schützen. Es geht aber um mehr: Es geht darum, dass wir ein glaubwürdiger Staat bleiben. Zur Sicherung unseres Landes sind wir auf die Armee ange-

wiesen – diese wiederum braucht eine gute und solide Industriebasis. Es braucht Firmen in der Schweiz, die das Wissen und das Können haben, unsere Armee mit Material und Ausrüstung zu versorgen – auch wenn es zur Krise kommt.

Eine kommerziell erfolgreiche schweizerische Rüstungsindustrie und die Selbstverteidigungsfähigkeit der Schweiz hängen eng zusammen – davor darf man die Augen nicht verschliessen. Deshalb wird das Weiterbestehen der schweizerischen Rüstungsindustrie auch im Kriegsmaterialgesetz verlangt. Es ist widersinnig, wenn unproblematische Exporte durch die heutige Verordnung verboten werden. Wenn solche Geschäfte nicht realisiert werden können, gehen die Aufträge zurück, was bei uns zu Stellenabbau und, schlimmer, zu einer Erosion des sicherheitsrelevanten Know-hows und der Industriebasis führt. Ohne diese Kompetenzen sind wir als Land nicht mehr glaubwürdig. Wir untergraben unsere Souveränität und Unabhängigkeit. Der Entscheid des Parlaments ist deshalb ein Signal gegen den Abbau schweizerischer Arbeitsplätze. Heute hängen 20 000 Stellen an der Rüstungsindustrie, darunter 500 bis 1000 Lehrlinge. Und die wollen wir behalten.

Es geht also nicht nur um Arbeitsplätze und das Know-how, das uns unabhängiger macht von ausländischen Rüstungsunternehmen. Es geht auch darum, klar zu sagen, dass Waffen per se nicht gut oder böse sind – sondern dass Waffen in den Händen demokratischer Rechtsstaaten notwendig sind, um sich und die eigenen Institutionen zu sichern, um die eigene Souveränität und Unabhängigkeit generell zu wahren.

Die Schweiz hat vor wenigen Monaten ein glasklares Bekenntnis dafür abgegeben: 73 Prozent der Bevölkerung stimmten der Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht zu. Zuvor hatte das Parlament einer Erhöhung des Militärbudgets auf fünf Milliarden Franken pro Jahr zugestimmt. Um die Glaubwürdigkeit unserer Bemühungen zu festigen, brauchen wir eine wettbewerbsfähige schweizerische Rüstungs- und Wehrtechnikindustrie.



* Corina Eichenberger ist Aargauer FDP-Nationalrätin und Co-Präsidentin des Arbeitskreises Sicherheit und Wehrtechnik (ASUW).

■ TWEETS DER WOCHE

«Es wird geschätzt, dass 83 mio. Frauen seit ihrem 15. Geburtstag schon mal sexuell belästigt worden sind. #aufschrei #gewaltgegenfrauen»
Die feministische Bloggerin und #Aufschrei-Erfinderin Anne Wizorek (@marthade-ar) sieht ihren Protest durch eine neue Studie bestätigt.

«Leo hat noch Koks an der Nase! (Mein Anwalt sagt ich muss noch schreiben!) behauptet mein Sitznachbar!»
Stefan Büsser (@stefanbuesser) verfolgte die Oscar-Verleihung ganz genau.

«Lieber @gott mach dass @PutinRF_Eng einen #oscar gewinnt und dass alles nur ein schlechter film war»
Rapper und Moderator Knackeboul (@Knackeboul) hat zu viel Fernsehen geschaut und bringt Oscars und Krimikrise durcheinander.

«From the man who voted to invade Iraq: «@JohnKerry: Invasion is not the act of someone who is strong. It is the act of someone who is weak.»
Der US-amerikanische Dokumentarfilmer Michael Moore (@MMFlint) findet die Empörung seiner Regierung über Putin geheuchelt.

«Hier, une assoc. de banquiers privés ont invité des députés pour débattre des problèmes actuels. Carton d'invitation: que pour la droite! Nul!»
Der Genfer SP-Nationalrat Manuel Tornare (@ManuelTornare) ist beleidigt, weil ihn die Banker nicht eingeladen haben.

«Drei Jahre Krieg in Syrien und die Welt schaut zu.»
Der deutsche Rapper Bushido (@Bushido78) ist sonst eher fürs Rumpöbeln bekannt. Ab und zu setzt er aber auch gehaltvolle Tweets ab.